

WAZ DUISBURG

Montag 12.01.2009

SPD-Kritik an Sauerland

"Geld fließt an Duisburg vorbei"

Willi Mohrs

Der Duisburger SPD-Bundestagsabgeordnete Johannes Pflug bittet Bundesfinanzminister Peer Steinbrück in einem Brief, sich für eine Förderung des Duisburger Nordens durch den Rückfluss aus zurückerstatteten Kohlesubventionen einzusetzen.

Hintergrund: Bund und Länder sollen für 2008 aufgrund gestiegener Weltmarktpreise rund 500 Mio Euro an Kohlesubventionen zurückerhalten. In Nordrhein-Westfalen sollen der Anteil von 110 Mio Euro in den Landesteilen eingesetzt werden, die von Zechenschließungen betroffen sind, erläutert Pflug: „Dazu zählt auch der Duisburger Norden.“

Auf Förderung verzichtet?

Oberbürgermeister Adolf Sauerland habe aber auf die Beantragung von Geld aus diesem Programm verzichtet, wie aus einem Schreiben des Landesministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie an den Landestagsabgeordneten Sören Link hervorgehe.

Den Norden beteiligen

„Zusammen mit unserem SPD-Oberbürgermeisterkandidaten Jürgen C. Brandt und dem SPD-Landtagsabgeordneten Sören Link will ich alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um den Duisburger Norden doch noch an Fördergeldern aus den Kohlesubventionen zu beteiligen“, kündigte Pflug an: „Dank Oberbürgermeister Adolf Sauerland fließen die Landesmittel jetzt an Duisburg vorbei, egal ob fahrlässig oder mutwillig gehandelt wurde. Auf Bundesebene wird es in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise leider nicht so einfach, Geld für eine positive Entwicklung des Duisburger Nordens loszueisen.“

dazu 1 Online-Kommentar

Die Reaktionen auf diesen Artikel sind ja nur mehr absehbar. Daher habe ich mir mal die Mühe gemacht, selbst etwas zu recherchieren. Obiger Artikel ist ja immerhin schon besser als der letzte, wirklich erhellend ist er nicht.

1. Hintergrund: Bund und Land zahlen Subventionen, die die Differenz zwischen Weltmarktpreis und heimischen Förderpreis ausgleichen. Da der Weltmarktpreis hoch war, sank die Differenz und somit die Subvention, die bereits an gezahlt war. RAG ist nun zur Rückzahlung an Land und Bund verpflichtet.
2. Es gibt keine Verpflichtung, dass diese Mittel in Regionen fließen müssen. Die Einigkeit, dass dies der Fall sein sollte, finde ich lediglich in der Berichterstattung der WAZ Dortsen vom 26.11. über eine Sondersitzung des Münsteraner Regionalrates. Deren Mitglieder waren sich darüber einig. (Was Anlass dieser Sondersitzung war, ist nicht zu ersehen. Im Düsseldorfer Regionalrat vom 11.12. wurde das Thema nicht behandelt).
3. Die Kleine Anfrage (Nr. 3035) von Sören Link findet sich im Portal des Landtags, eine Antwort ist dort noch leider nicht einsehbar. Seine Anfrage selbst spricht nicht von einem (Förder-) "Programm", sondern (zutreffend) von der Rückerstattung.

Fazit:

- a) Es handelt sich nicht um Fördergelder, sondern um Land und Bund zustehende Rückzahlungen von Subventionen.
- b) Man kann politisch fordern, dass diese Rückflüsse in die betroffenen Regionen umgelenkt werden. Man sollte aber nicht verkennen, dass per Zufall einmal angefallene Finanzspritzen keinesfalls eine anhaltige Strukturförderung ersetzen können. Erst in diesem Rahmen eingebettet macht es wirklich Sinn.
- c) Weder ist ersichtlich, was Land und Bund mit diesen (ihnen zustehenden) Mitteln zu tun gedenken, noch, wer wann aus welchem Anlass darüber verhandelt hat und schon gar nicht die Informationsflüsse.
- d) Es scheint ja insbesondere ein Thema der Regionalräte zu sein. Wer Versäumnisse suchen will, kann gern in Düsseldorf (Bezirksregierung) damit anfangen.

Fehlen mir Infos? Bin gespannt auf Ergänzungen. Und um nicht falsch verstanden zu werden: Es ist natürlich immer zu begrüßen, wenn sich Leute für die Unterstützung des Strukturwandels stark machen.

#1 von keinPottLiebhaber, vor 7 Stunden

Rheinische Post Dinslaken-Voerde-Hünxe

Montag 12.01.2009

Heidinger (SPD) kämpft für die Fördertürme

SPD-Fraktionsvorsitzender und Bürgermeisterkandidat Dr. Michael Heidinger ist dem Förderverein „Fördertürme Bergwerk Lohberg“ beigetreten. „Der Erhalt der Fördertürme auf dem Zechengelände ist für die Identität unserer Stadt wie auch des Stadtteils Lohberg von überragender Bedeutung“, schreibt Heidinger in einer Pressemitteilung. Deshalb wolle er den Verein unterstützen. Heidinger macht deutlich, dass die Fördertürme nicht nur ein mit vielfältigen Emotionen verbundenes Symbol für die Geschichte der Stadt Dinslaken seien, sondern auch für die zukünftige Nutzung des ehemaligen Zechengeländes von Bedeutung sein können. So habe der Investor, der für 60 Millionen Euro auf dem ehemaligen Zechengelände ein Outlet-Center errichten wollte, seinerzeit erklärt, dass er zumindest das Fördergerüst II als weithin sichtbare Landmarke aus Marketinggründen erhalten wolle und dafür auch zu zahlen bereit wäre.

Dinslaken hat kein Geld

„Dies zeigt, dass es für die Finanzierung des Erhalts der Fördertürme Finanzierungsmöglichkeiten jenseits städtischer Gelder gibt. Denn klar ist, dass die Stadt Dinslaken hierfür kein Geld hat“, trat Heidinger Befürchtungen entgegen, ein Engagement zum Erhalt der Fördertürme könne auch die Stadt Dinslaken finanziell belasten. Ziel müsse vielmehr sein, alternative Finanzierungswege zu eröffnen. So sei auch die RAG als derzeitiger Eigentümer verpflichtet, nach dem nordrhein-westfälischen Denkmalschutzgesetz einen Beitrag zum Erhalt der Fördertürme zu leisten, soweit dies als Folge öffentlicher Subventionen geboten und finanziell zumutbar sei. Hiervon dürfe mit Blick auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der RAG ausgegangen werden.

Fördermittel beantragen

Sollten Investoren oder Sponsoren keine ausreichende Finanzierungsbasis für den Erhalt bieten, so käme auch ein Förderantrag bei der „Stiftung Industriedenkmalpflege und Geschichtskultur“ des Landes NRW in Betracht. Wichtigste Voraussetzung für den Erhalt sei aber, dass das Land als oberste Denkmalschutzbehörde den Denkmalschutz für die Fördertürme nicht aufhebe. Dies erwarte die SPD vom Denkmalschutzminister.

Heidinger schlägt scharfe Töne an: „Es ist schon schlimm genug, dass sich die jetzige Landesregierung als Totengräber des Steinkohlenbergbaus energiepolitisch an den kommenden Generationen versündigt. Sollte CDU-Minister Wittke uns jetzt auch noch die Wahrzeichen unserer Vergangenheit nehmen wollen, so werden wir ihn politisch dafür verantwortlich machen.“

Strategiecheck 2009

Evonik - Anfang im Abschwung

von Klaus Max Smolka (Frankfurt)

Sind Topkonzerne für 2009 gerüstet? Die FTD nimmt Manager in den Fokus, denen viel bevorsteht. Evoniks neuer Chef Klaus Engel übernimmt den Konzern zu einer Zeit, in der auch vermeintlich krisenfeste Chemieprodukte schwächeln.

Eine Marke namens Borussia Dortmund. Unter dieser Überschrift beschreibt der Mischkonzern Evonik im aktuellen Hausmagazin, dass Marken selbst im Sport bedeutend sein können. Trotz viel Mittelmaßes in den vergangenen Saisons habe der Name des 100 Jahre alten Traditionsvereins - den Evonik als Trikotsponsor unterstützt - eine besondere Strahlkraft, schreibt das Magazin.

Bestens eingeführt war auch der Name des Chemieunternehmens Degussa, aus dem Evonik im Wesentlichen besteht. Aber nach der Zwangsfusion mit der viel kleineren RAG wurde der Name vor gut einem Jahr getilgt - und mit ihm ein bilanzierter Markenwert von 173 Mio. Euro. Der alte RAG-Chef Werner Müller schuf den Kunstnamen Evonik.



Klaus Engel

Müller hat sein Amt zum Jahreswechsel an Klaus Engel abgegeben. Der hat sich nach dem extrem politischen Gerangel um die Evonik-Gründung nun um ganz neue Probleme zu kümmern. Denn während Müller seinen Job im Boom der Chemiebranche vollendete, startet Engel während eines scharfen Konjunkturreinbruchs. Chemiekonzerne melden einen beispiellosen Nachfragerückgang im vierten Quartal, vor allem im Dezember. Reihenweise senkten sie Gewinnprognosen: DuPont, Altana, DSM - und der Marktführer BASF sogar gleich zweimal.

Evonik ist einer der Konzerne, die sich als Anbieter von Spezialchemie für vergleichsweise konjunkturreisistent halten. Spezialchemie umfasst im Kern Produkte, die schon in kleinen Mengen große Wirkung zeigen, viel technische Expertise erfordern und daher schwierig zu kopieren sind. Tatsächlich hatte Degussa über die Jahre hinweg relativ geringe Schwankungen bei Umsatz und Gewinn gemeldet.

Spezialchemie ist in

Westliche Großkonzerne richten sich zunehmend auf Spezialchemie aus. Dow Chemical vereinbarte mit Kuwait, seine Standardkunststoffe in einem Gemeinschaftsunternehmen zu vertreiben. Der Plan hängt momentan in der Schwebe, weil die kuwaitische Politik interveniert hat.

BASF versucht, immer größere Teile seines Massenchemiegeschäfts auszulagern und durch Spezialchemie zu ersetzen. Zuletzt schaute sich der Konzern nach einem Käufer für den Großteil des Geschäfts mit Styrolkunststoffen um - und erwarb im Gegenzug Wettbewerber wie den US-Katalysatorenhersteller Engelhard und die Bauchemie von Degussa.

Allerdings hat sich gerade hier gezeigt, dass die viel beschworene Konjunkturreisistenz nicht immer trägt: Der Einbruch der Auto- und der Baukonjunktur belastet die Ergebnisse der beiden zugekauften Geschäftsfelder massiv.

Spezialchemie kann sich auch zu einer Massenware ("Commodity") wandeln - das ist beispielsweise bei vielen Pigmenten der Fall, wo sich sich längst Billiganbieter breitgemacht haben. Umgekehrt kann ein Standardprodukt wieder zu einer gewinnträchtigen Spezialität werden: Das Geschäft mit künstlichen Vitaminen etwa litt jahrelang unter neuer Konkurrenz aus China. Seit Beginn 2007 zogen die Preise aber wieder an. Wettbewerber hätten sich aus dem Markt zurückgezogen, meldet der Vitaminanbieter DSM. Außerdem würden sich staatlich kontrollierte chinesischen Firmen zunehmend am Gewinn orientieren, was dem Preisdumping entgegenwirke.

Auch Evonik kennt solche Schwankungen von einzelnen Produkten. Beispiel Methionin: Das Geschäft mit dem Futtermittelzusatzstoff lieferte zuletzt wieder gute Zahlen, nachdem es vor wenigen Jahren wegen Überkapazitäten unter Preisdruck geraten war.

Bei der Spezialchemie, das zeigen die Beispiele, ist nicht nur die Definition unsicher. Auch ihre vermeintliche Konjunkturreisistenz steht 2009 infrage - bei Evonik und anderen Chemiekonzernen.

ENDE DES BOOMS

Stahlbranche drosselt erstmals seit Jahren die Produktion

Der Aufwärtstrend der Stahlindustrie ist beendet: Weltweit fahren die Konzerne ihre Produktion zurück, allein in Deutschland sank der Ausstoß 2008 um ein Drittel. Der Rohstoff ist angesichts der Wirtschaftskrise weniger gefragt, der Stahlpreis im freien Fall.

Hamburg - Erstmals seit Jahren herrscht in der einstigen Boombranche wieder Krisenstimmung. Nach den Autobauern und den Werften hat die Finanzkrise in den vergangenen Wochen auch die Stahlhersteller mit Wucht getroffen. Quasi über Nacht sind die Aufträge eingebrochen.



AP Stahlproduktion (in Salzgitter): Rückgang um knapp sechs Prozent

Die deutschen Hüttenwerke stellten im vergangenen Jahr 45,8 Millionen Tonnen Rohstahl her - 5,6 Prozent weniger als im Rekordjahr 2007, wie das Statistische Bundesamt am Montag mitteilte.

"Wir haben aktuell eine Art Jahresend-Schockstarre", fasst Thomas Ludwig, Vorstandschef des Stahlhändlers Klöckner & Co., die Stimmung zusammen. Die tatsächliche Nachfrage für das Jahr 2009 wird sich seiner Ansicht nach erst in den Monaten Februar und März herauskristalisieren. Die Branche bereitet sich aber sicherheitshalber schon jetzt mit milliardenschweren Sparprogrammen und Kürzungen auf ein schwieriges Jahr vor.

Eine Prognose für das neue Stahljahr will derzeit niemand wagen. Zu groß sind die Unsicherheiten über die weitere Entwicklung. Nachdem der internationale Stahlverband IISI bei seiner Jahrestagung im Herbst in den USA erstmals eine Vorhersage abgelehnt hatte, gab sich auch der Präsident der deutschen Wirtschaftsvereinigung Stahl, Hans Jürgen Kerkhoff, betont zurückhaltend und verwies auf ein "ungewöhnlich hohes Maß an Unsicherheit".

Bereits für das Jahr 2008 hatte der Verband seine Prognose gleich zwei Mal innerhalb weniger Wochen senken müssen. Statt der ursprünglich in Deutschland erwarteten Jahresproduktion auf dem Vorjahresniveau von 48,5 Millionen Tonnen wurde dann für 2008 nur noch mit einer Produktion von 46,2 Millionen Tonnen gerechnet - immer noch 0,7 Millionen Tonnen mehr, als dann tatsächlich hergestellt wurde.

Hoffen auf hohe Expansionsraten in Schwellenländern

Erst mittelfristig hoffen Experten wieder auf ein zumindest moderates Wachstum. Hohe Expansionsraten wie in der Vergangenheit werden dann aber nur noch in Schwellenländern erwartet.

Doch auch die chinesische Stahlindustrie, die lange Zeit wichtigster Treiber des weltweiten Branchenbooms war, hat derzeit mit einem tiefen Einbruch zu kämpfen. "Es scheint keinen Zufluchtsort auf dieser Welt zu geben, der sich da irgendwo abkoppeln kann", resümiert Klöckner-Chef Ludwig. Um die Nachfrage in Deutschland anzutreiben, fordert er von der Regierung nachhaltige Maßnahmen zur Ankurbelung der Konjunktur wie etwa Infrastruktur-Pakete. Entsprechende Pläne für ein neues Konjunkturpaket gibt es in Berlin, noch steht aber nichts fest.

Die Konzerne bereiten sich daher auf schwierige Zeiten vor: Bereits über die Weihnachtsfeiertage hat etwa der größte deutsche Hersteller ThyssenKrupp seinen Beschäftigten zum Teil längere Ferien verordnet. In diesem Jahr müssen die Mitarbeiter der Stahlsparte dann in Kurzarbeit. Der deutsche Branchenprimus verkauft rund ein Drittel seines Stahls an die gebeutelte Autoindustrie und hat sich bereits von 2100 Leiharbeitern getrennt.

Koksladungen auf Halde geschüttet

Ein massiver Stellenabbau in den Stammbesellschaften, wie ihn der Weltmarktführer ArcelorMittal mit der Streichung von 9000 Arbeitsplätzen angekündigt hat, wird derzeit bei ThyssenKrupp ausgeschlossen.

Klöckner & Co. dagegen hatte bereits im November die Streichung von 500 Stellen angekündigt - Kurzarbeit steht aktuell in einem Werk an. Bei Salzgitter wird über Kurzarbeit noch verhandelt - längere Weihnachtsferien und den Abbau von Überstunden hat der Dax-Neuling seinen Mitarbeitern aber zum Jahresende auch schon verschrieben und die Hochöfen auf ein Minimum heruntergefahren.

Durch die in kurzer Zeit drastisch gefallenen Stahlpreise können zugleich wichtige Abnehmerbranchen auf Entlastungen hoffen. Deutliche Kostensenkungen erwartet etwa der künftige RWE-Strategievorstand Leonhard Birnbaum bei dem geplanten milliardenschweren Investitionsprogramm des zweitgrößten deutschen Energiekonzerns. Beim Bau neuer Windkraftanlagen entfielen etwa 20 Prozent der Kosten auf den Stahl, rechnete er vor. Das deutsche Steinkohleunternehmen RAG erwartet bei den Ausrüstungen seiner Zechen jährliche Einsparungen von rund 20 Millionen Euro, sagte RAG-Chef Bernd Tönjes. Bereits von der Stahlindustrie bestellte und bezahlte Kokslieferungen werden nun erstmals seit Jahren wieder auf Halde geschüttet - und die Stahlindustrie muss die Lagerkosten noch extra zahlen.

Für 2009 erwarten die Stahlmanager Forderungen nach Preisabschlägen vor allem aus der in die Krise geratenen Autobranche. Rund ein Viertel des deutschen Stahls geht in die Fahrzeugindustrie. Der japanische Autoriese Toyota soll Presseberichten zufolge von seinen Stahllieferanten bereits Preisabschläge gefordert haben - die Rede ist von bis zu 30 Prozent.

kaz/dpa/dpa-AFX/Reuters

RWE vergrößert Spannung

WIELAND KRAMER

ENERGIE. Essener Konzern kauft niederländischen Versorger. Führungsposition in Europa.



RWE baut das Stromnetz aus. (Foto: ddp)

ESSEN. Der Essener Energiekonzern RWE will den niederländischen Strom- und Gasversorger Essent übernehmen. Wie die Vorstände beider Unternehmen gestern im niederländischen Arnheim erklärten, will RWE einen Kaufpreis von rund 9,3 Mrd Euro zahlen. Essent ist überwiegend im Besitz niederländischer Provinzen und Kommunen. Durch die Übernahme gewinnt RWE rund 5 Millionen neue Strom- und Gaskunden hinzu. Nach Abschluss der Übernahme wird RWE mit 22,5 Millionen Strom- und 12,5 Millionen Gaskunden eine Führungsposition in Europa übernehmen, sagte RWE-Chef Großmann in Arnheim.

Großmann kündigte an, die Marke Essent werde auch in Zukunft erhalten bleiben und zur "Führungsgesellschaft des RWE in den Niederlanden und Belgien" erhoben. Essent kontrolliert jeweils etwas mehr als ein Viertel des niederländischen Strom- und Gasmarktes. Hinzu kommen rund eine Million Kunden in Deutschland. Für RWE ist das niederländische Unternehmen wegen seines Kraftwerksparks sowie seiner Handelsaktivitäten von Interesse.

Ein interessanter Kraftwerkspark

Der Erwerb von Essent schließt eine Lücke zwischen dem deutschen Stammgebiet des RWE und den Aktivitäten auf den britischen Inseln, wo RWE heute zweitgrößter Versorger ist. Der Kraftwerkspark von Essent mit einer Gesamtleistung von rund 6200 Megawatt besteht zu großen Teilen aus Gaskraftwerken, aber auch Kohle und Kernkraft werden genutzt. Besonders ehrgeizige Ziele hat das Unternehmen bei der Nutzung erneuerbarer Energien.

Durch die Integration der Essent-Kraftwerke in den RWE-Konzern verbessert sich die Umwelt- und Klimabilanz der RWE-Stromerzeugung erheblich, betonte Großmann. Durch die Zusammenlegung des Energiehandelsgeschäfts von RWE und Essent entsteht zudem der größte Strom-, Kohle- und Gashändler in Europa.

Kaufpreis von mehr als acht Milliarden Euro

Den Nettokaufpreis von etwas mehr als 8 Mrd Euro wird RWE über Darlehen von insgesamt 10 Banken finanzieren. RWE hatte sich in den zurückliegenden Jahren durch erhebliche Anstrengungen praktisch gänzlich entschuldet. Die letzte große Investition des Unternehmens, der Erwerb der britischen Thames Water, war in einem Debakel geendet. (NRZ)

dazu 1 Online-Kommentar

"RWE hatte sich in den zurückliegenden Jahren durch erhebliche Anstrengungen praktisch gänzlich entschuldet. "

Wie sahen denn diese "erheblichen Anstrengungen" aus? Strompreise bis zum Erbrechen erhöhen, ein paar Euros Schmiergeld ans Kartellamt - und schon kann ich wieder expandieren bis der Arzt kommt.

Es lebe die freie Marktwirtschaft!!!

#1 von woelfisherif, vor 6 Sekunden

An der Quelle der dicken Luft

UMWELT. In Duisburg-Bruckhausen ist im letzten Jahr die Feinstaubbelastung nicht geringer geworden.

GERHARD KLINKHARDT

DUISBURG. Der Jahreswechsel in Nordrhein-Westfalen zeichnete sich durch eine große Einheitlichkeit aus: Es gibt kaum eine Messstation im Land - von drei Ausnahmen abgesehen - an denen an Neujahr die Messwerte für Feinstaub nicht erheblich überschritten worden sind. Damit setzt sich eine Tendenz fort, mit der Fachleute eigentlich immer gerechnet haben: Dass die Umweltzonen eigentlich nicht viel bringen.

Wenn es eine Ausnahme gibt, dann ist es die KardinalGalen-Straße in Duisburgs Stadtmitte: Dort ist die Zahl mit mehr als 50 Mikrogramm Feinstaub (PM 10) je Kubikmeter Luft auf 15 abgesackt. Ansonsten: Im Duisburger Norden nichts Neues. Am Messpunkt in Bruckhausen ist der Grenzwert um 49 Mal überschritten worden. Das sind 14 Überschreitungen mehr als die Europäische Union eigentlich erlauben wollte und der viertgrößte Dreckpunkt des Landes.

In Walsum, waren die Überschreitungstage mit 13 relativ gering. Daran wird auch das neue Kraftwerk vermutlich nichts ändern. Die 400 Tonnen Feinstaub werden Oberhausen, Bottrop und Gladbeck als Belastung bekommen. Viel schlimmer dürfte es werden, wenn das Kraftwerk in Uerdingen bei Bayer ans Netz gehen wird: Das Kraftwerk mit gleicher Leistung wie das in Walsum dürfte - Stichwort „Ferntransport“ - seinen Staub in Walsum abladen.

Anm. BiB-Red.: Das macht noch einmal die Zurückhaltung der Duisburger Politiker bei dem Genehmigungsverfahren für das Kraftwerk in Walsum, sowie die vehemente Ablehnung der Ürdinger Projektes verständlich!



SCHNEE VON GESTERN in jeder Hinsicht lässt sich in Walsum betrachten. Der weiße Naturbelag deckt momentan ein wenig den Ort zu, an dem bis vor einem halben Jahr noch das ehemals „schwarze Gold“ gefördert

wurde. Derweil gehen auch hier die überträgigen Abrissarbeiten weiter. Unter Tage werden die Vorbereitungen für die künftige Wasserhaltung für das Bergwerk West in Kamp-Lintfort getroffen. (Foto: Friedhelm Geinowski)

Universität Duisburg-Essen

Energie aus Algen

Markus Peters



Duisburg. Professor Hilmar Franke hat mit seinem Team einen Photobioreaktor entwickelt. Eine erste Referenz-Anlage befindet sich in Österreich bereits im Bau und sorgt so für die Reduzierung des Kohlendioxid-Austosses.

Mit 60 Jahren geraten Menschen oft ins Grübeln. Über Sinn und Unsinn des - fast vergangenen - Berufslebens. Das war bei Professor Hilmar Franke, Professor für Angewandte Physik an der Universität Duisburg-Essen, nicht anders. Noch etwas Sinnvolles schaffen, das hatte er sich für die restlichen Berufsjahre vorgenommen. Sinnvoll ist es wirklich, woran der Mann mit dem grauen Vollbart in den vergangenen zweieinhalb Jahren gearbeitet hat. Nämlich an einem faseroptischen Photobioreaktor, der Kohlendioxid, Licht und Nährstoffe durch Photosynthese in Biomasse umwandelt.

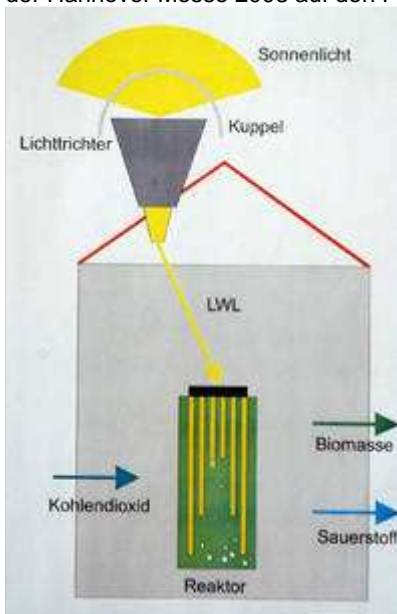


Die Wissenschaftliche Mitarbeiterin Alexandra Perschke überprüft den PH-Wert.

Auf die Idee ist der Professor während eines Afrika-Urlaubs in Gambia gekommen. Dort betrachtete er an der Mündung eines Flusses einen so dichten Algenbewuchs, dass nur noch an der Oberfläche Wachstum möglich war. „Man müsste Licht hereinbringen, um damit Photosynthese und damit Wachstum zu ermöglichen“, sinnierte der Professor.

Mehr Licht. Das allerdings ist das Spezialgebiet des Duisburger Forschers, der lange für die Nachrichten- und Kommunikationstechnik an optischen Leitern getüftelt hatte. Aber auf die Idee, einen Leuchtstab ins Wasser zu stecken, Algenblüte auszulösen und daraus Biomasse bzw. Energie zu gewinnen, war vor ihm niemand gekommen.

Dabei haben Algen einen entscheidenden Vorteil. Sie speichern hundertmal mehr Kohlendioxid als Bäume und sind als Klimaschützer gut geeignet. „Die wirklichen Innovationen“, sagt Franke, „finden heute nur noch zwischen den Disziplinen statt“. Sein Team aus Physikern kümmert sich ums Licht, Kollegen der Chemie um die optimale Zusammensetzung des Wassers. Ein Meeresbiologe der Universität Bremen fahndet nach der geeigneten Algenart, die Anlagentechnik bringt ein österreichisches Unternehmen ein, das vor der Hannover Messe 2008 auf den Photobioreaktor aufmerksam wurde.



So soll es in der Theorie funktionieren. In der Praxis wird Kunstlicht aus Leuchtdioden benutzt.

In Timelkam bei Salzburg ist derzeit auch die erste Pilotanlage im Bau. Ein regionaler Energieversorger versucht, an ein Kraftwerk, das mit Holz befeuert wird, einen solchen Reaktor anzudocken, um damit wieder ein Biomasse-Kraftwerk zu betreiben. Das anfallende Kohlendioxid wird benutzt, um die Pflanzen in einem 1000 Kubikmeter großen Becken zum Wachsen zu bringen. Das benötigte Licht gelangt über Stäbe mit Leuchtdioden an die Algen. „Ursprünglich wollten wir das Tageslicht auf dem Dach sammeln und nutzen, aber mit LED können wir den Reaktor Tag und Nacht nutzen. Außerdem wird so nur das für die Photosynthese benötigte rote und blaue Licht genutzt und damit ein höherer Effizienzgrad erreicht. Effizienz, das ist überhaupt das Damokles-Schwert, das über dem Haupt von Frankes Reaktor schwebt.

„Natürlich hätte ich das alles gerne bei einem kleineren Kraftwerk in der Region getestet“, erklärt der Professor. Aber obwohl ein großer Energieversorger die Pläne lange kennt, entsteht das erste Referenzobjekt jetzt in Österreich. Der Prophet gilt eben im eigenen Lande wenig...

Aber vielleicht ändert sich das bald. Auf der E-World „Energy & Water“ vom 10. bis 12. Februar in der Messe Essen bauen Professor Franke und sein Team ihre Reaktoren wieder auf.

KOHLENDIOXID

Kohlendioxid oder Kohlenstoffdioxid ist ein farb- und geruchloses Gas. Es ist mit einer Konzentration von ca. 0,04 % in der Luft enthalten. Es entsteht bei der Verbrennung von fossilen Energieträgern wie Holz, Öl oder Kohle im Kraftwerken oder Öfen. Moderne Anlagen und Verfahren können zwar die im Brennstoff enthaltene Energie besser nutzen als früher, aber die Entstehung des Gases nicht verhindern. Diese Produktion beträgt etwa 36 Mrd. Tonnen im Jahr weltweit. Da noch kein wirtschaftliches Verfahren zur Kohlendioxidabtrennung zur Verfügung steht, entweicht diese Menge in die Atmosphäre und trägt zur Erd-Erwärmung bei.

Ohne Heizkörper

KLIMA. In Rheinberg soll ein Null-Energie-Haus entstehen, das Wärme im Boden speichert.

RHEINBERG. In Rheinberg soll das erste Null-Energiehaus gebaut werden. Das Gebäude soll komplett autark bewirtschaftet werden und eine Energiezufuhr von außen sei nicht nötig, so der Krefelder Architekt Karlheinz Schlappheit gestern bei der Vorstellung des Projektes im Rathaus.

Errichtet wird das dreigeschossige Gebäude auf dem Gelände des St. Nikolaus Krankenhauses, 40 Menschen sollen darin wohnen.

Um völlig autark zu sein, wird die warme Luft im Haus zurück gewonnen, bevor ein Luftaustausch stattfinden kann. „Es gibt keine Heizkörper und keine Heizschlägen“, verspricht der Architekt. Wärme wird auch über Kollektoren auf dem Dach gewonnen.

Überflüssige Wärme wird im Erdreich unter dem Haus in einem neuen Granulat gespeichert und im Winter über eine Wärmepumpe zurück gewonnen. Das innovative Heizsystem kostet eine Millionen Euro zusätzlich. (P. Bussmann)

Das Wasserrad neu erfunden

Sabine Vogt

Der Bochumer Thomas Günther peppt alte Wassermühlen zur Stromerzeugung auf

Die Zeiten idyllischen Klapperns am rauschenden Bach sind vorbei. Heute sind viele alte Mühlen baufällig. Eine Herausforderung für den Bochumer Thomas Günther (53), der sich vor zwölf Jahren auf- und selbstständig machte mit dem Ziel, maroden Wassermühlen zur Stromerzeugung neues Leben einzuhauchen.

Der Ingenieur für Versorgungstechnik arbeitete bis Mitte der 90er Jahre noch freiberuflich bei Verbraucherzentralen in Bochum und Umgebung, beriet die Menschen in Energiefragen. „In Solingen kam irgendwann mal ein Mann mit dem Wunsch, mit seiner Mühle Strom erzeugen zu wollen.“ Günthers Neugierde war entfacht, er hatte „Blut geleckt“; fuhr raus, sah sich die Mühle an.

Es sollten noch etliche folgen. „Mit dem erneuerbare Energie-Gesetz, wonach die Versorger Strom zu garantierten Preisen aufkaufen müssen, begann ein Boom bei Windkraft, Solarenergie. Auch die Besitzer alter Mühlen horchten auf.“ Doch vor gut 15 Jahren gab's noch kaum einen Markt. Für Thomas Günther die Chance, einzusteigen.

Er musste sich ins Metier einarbeiten, „das war schon eine lange Entwicklungsphase“. Damit hat er zwar nicht das Rad, so doch das Wasserrad neu erfunden. Als er sich sicher genug fühlte, inserierte er schlicht: „Berate Mühlenbesitzer“. In Solingen, der Stadt der Messerschleifer, sah er zuerst ein Betätigungsfeld, gibt es dort doch jede Menge so genannter Schleifkotten an den vielen noch vorhandenen Bächen.

Alte Wassermühlen gibt's im Ruhrgebiet so gut wie keine mehr; hier wurde zu viel umstrukturiert, Bäche wurden begradigt oder verschwanden ganz. „Alte Straßennamen zeugen noch von dieser Vergangenheit wie die Mühlenstraße, Mühlenweg und Mühltal in Bochum. Auch an der Brückstraße muss es einst einen Wasserlauf gegeben haben.“ Seine Firma, ein „Ein-Mann-Unternehmen“, benannte Günther übrigens nach einem kleinen Fluß in Ostwestfalen, Bega. „Ich suchte etwas, das kurz und prägnant klingt und auch international nutzbar ist.“

Mit dem ersten Auftrag, ein Wasserrad zu bauen, suchte er sich Partner, und fand ihn in dem Stahlbauer Adil Aldibas aus Castrop-Rauxel. Heute sitzt Günther in seinem unscheinbaren Büro über seiner Wohnung im Stadtparkviertel. Alles, was er braucht, ist sein Rechner, um die Räder zu entwickeln, sobald der Anspruch des Kunden, Örtlichkeit und technischen Voraussetzungen bekannt sind. Anschließend werden die Einzelteile aus Stahl per Laser geschnitten und zusammengefügt. Mit dem Laster geht es dann zum Kunden. Vor Ort übernimmt der Bochumer selbst den Einbau und die Verbindung zum Generator.

„Wassermasse und Fallhöhe bestimmen die gewonnene Strommenge. Generell gilt, dass ein Wasserrad vier bis fünf Haushalte versorgen kann.“ Nach etwa zehn Jahren habe sich die Investition – im Schnitt kostet ein neues Rad 30 000 bis 40 000 Euro – nach zehn Jahren amortisiert.

Das größte Rad, das er je entwickelt hat, hat einen Durchmesser von sechs Metern, das kleinste gerade mal 1,80 m. Dabei muss berücksichtigt werden, ob das Wasser obendrauf fließt – bei großem Gefälle – oder unter dem Rad durchläuft. Bis heute hat er 70 Wasserräder komplett konstruiert. Einwände von Mühlenbesitzern, die stählernen Räder passten nicht zum altdörflichen Charme des Gebäudes, gebe es eigentlich kaum: „Die Räder verfärbten sich durch Moss und Algen rasch dunkel; für den Laien nicht mehr von Holzrädern zu unterscheiden.“ Hölzerne sind übrigens kaum gefragt: Ihrer Haltbarkeit ist begrenzt, zudem gelten sie als sehr pflegeintensiv.

Wenn ab 2009 die Einspeisevergütung enorm steigt, hofft Thomas Günther auf einen neuerlichen Nachfrageboom. „Zwar gibt es inzwischen einige Mitbewerber auf dem Markt, doch ich kann auf zwölf Jahre Erfahrung verweisen.“ Überzeugender sei die Stromgewinnung aus Wasserkraft in bescheidenen Rahmen, seit der Ölpreis stetig steigt.

online bega-wasserkraft.de

Das ewige Schichtende

Ludger Böhne

Mit der Förderung auf Lippe enden hundert Jahre Bergbau: 1909 stieß in Holsterhausen der erste Schacht auf Kohle. Ein Rückblick mit Betrachtung der Gegenwart



Betretene Gesichter: Ende der 1990-er Jahre führten die Kumpel die letzten großen Kämpfe um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Es waren letztlich nur Rückzugsgefechte. Fotos: WAZ, Archiv, Gerd Wallhorn/Alltag unter Tage: Bergleute auf Fürst Leopold, als auf dem Pütt noch gearbeitet wurde.

Dorsten. Nur Gutes soll man sagen von Frischgestorbenen. Das fällt schwer bei so einer Leiche aus Stahl und Stein, die zuletzt - zumindest öffentlich - eher als störrischer Störenfried empfunden wurde und die ja nicht begraben wird, sondern sichtbar bleibt in der Stadt und Folgen hat: Hundert und ein paar Jahre Dorstener Bergbautradition sind zu Ende, seit das Bergwerk Lippe förmlich und mit bescheidenem Tamtam das ewige Schichtende verkündet hat. Unwiderruflich.

Der Bergbau hat Dorsten - damals ein Kaff - groß gemacht. Gastwirte waren die ersten Gewinner. Als Hervest mit Fürst Leopold und Holsterhausen mit Baldur - beides zuvor Dörfer mit 600 Einwohnern - zu kleinen Zechenstädten wurden, explodierte zuerst die Kneipenszene. Bier für Bergmänner: Eine Art erste Zulieferindustrie. Auch das belebte die Konjunktur. Für die Altstädter Bürger aber waren die zumeist zugereisten Kumpel keine Kumpane. Hervest und Holsterhausen lagen auf der anderen Lippeseite, also "übern Jordan". Eine stehende Wendung bis heute.

Gleichwohl hat Kohle Dorsten reich gemacht. Zeitweise ackerten an die 4000 Mann auf Leopold. Anständige Malocher, auf die Dorsten stolz sein durfte, weil sie jeden Tag ihre Knochen riskierten. Die Siedlung um den Brunnenplatz, ein städtebauliches und architektonisches Glanzstück der Stadt, wurde für die Kumpel errichtet. Ohne Dorstens drittes, 1958 begonnenes und nie vollendetes Bergwerk in Wulfen wäre Barkenberg nie gebaut worden. Auch das - mit allen Folgen - ein Dorstener Kohlekapitel.

Den letzten großen Augenblick erlebte der Bergbau 1997 vor einer Kohlerunde (in der Fürst Leopold schließlich mit Westerholt zum Verbund Lippe vereint wurde): Die wochenlange Mahnwache der Kumpel bewegte Stadt und Region, vereinte die Menschen solidarisch hinter Knappentracht und Steigerlied. Vergebens. Die Versprechen waren hohl, Leitung und Lehrwerkstatt der Montan-Ehe blieben in der Lippestadt. Im August 2001 fuhr die letzte Schicht ein auf Leopold, wenig später war die pompöse Schachanlage ein leeres Phantom. Und nochmal hat der Bergbau versucht, die Stadt auf den Arm zu nehmen: Ein "temporärer Wald" sollte wuchern, wo einst tausende malochten. Sie hatten keine brauchbare Idee für die Zeit danach.

Bald nach dem Verbund wagten viele, was sich zuvor niemand getraut hätte: Auszusprechen, dass Bergbau auch kaputt macht. Häuser, Straßen und Werkshallen mit sensiblen Maschinen. In Altendorf rumpelte die Erde, rissen Wände und Fundamente. Denn Lippe - kein Dorstener Unternehmen mehr - machte die Löcher unter Dorsten, ließ Bäche rückwärts fließen und den Sportplatz kippen. Eine hartnäckige Initiative - die Bisbu - trieb den Pütt und die Stadt gleich mit vor sich her. In dem vormals beschaulichen Dorf wird es noch ein paar Jahre hinaus über den 12. Dezember 2008 (letzte Kohleförderung) in Gemäuern knacken und knirschen.

Dass kein Bergbau auch kaputt macht - den Arbeitsmarkt und in Teilen auch eine Stadt nämlich - das lässt sich heute besichtigen. Von insgesamt rund 18 000 Jobs in der Stadt gingen mit der Zechenschließung 4000 verloren. Ein Aderlass, von dem sich die Stadt seither nicht erholt hat. Wenn Experten heute davon sprechen, dass bei uns 800 junge Menschen zwischen 18 und 25 keine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben, dann muss man dazusagen, dass es früher ständig 800 Lehrstellen auf Fürst Leopold gab. Wenn heute Millionen nach Hervest fließen sollen, um den Ort sozial zu stabilisieren, dann muss man dazusagen, dass Hervest stabil war, als es den Pütt noch gab.

Was uns bleibt vom Bergbau? Eine in Teilen ruinierte Wirtschaft und die vage Hoffnung, ein wenig davon ersetzen zu können durch neue Betriebe auf der Kohlebrache. Die Hüfeldhalde, ein kleiner Berg im westfälischen Flachland, auf dem noch jahrelang taubes Gestein aus anderen Städten gekippt und der vielleicht nie fertig wird wie andere Halden. Ein Verein, der rund um eine alte Dampfmaschine - als Denkmal geschützt - die Geschichte lebendig halten will. Nostalgie. Mehr nicht. Altendorf, ein rebellisches Dorf im Dorsener Süden, dessen Bürger noch jahrelang unter Bergschäden leiden werden. Dann ein, zwei Supermärkte auf Fürst Leopold. Vielleicht auch eine Disko. In der alten Lohnhalle. Das Steigerlied werden sie dort nicht spielen. Und jede Menge Hoffnung, dass irgendwann auf dem Pütt nochmal etwas Sinnvolles passiert. Glück Auf, Du alte Bergbaustadt.

"Bürger stehen zur heimischen Kohle"

Lünen-Süd. (pr) 689 Bürger aus Lünen Süd beteiligten sich an einer Umfrage des IG BCE-Ortsvereins zum Thema Energiepolitik. ...

... Die rege Beteiligung sorgte bei den Vertretern der "Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie" für Erstaunen - das Ergebnis überrascht dagegen weniger. Ein Großteil der Befragten erteilte geplanten Zechenschließungen eine Absage und unterstützte die Forderung, dass "Politik, Wirtschaft und Gewerkschaft umgehend den Fortbestand deutscher Bergwerke sichern müssen". 606 von 687 Befragten gaben an, eine Subventionierung der deutschen Steinkohle für richtig zu halten, "wenn es darum geht, die Versorgungssicherheit der Menschen mit Energie sicher zu stellen."

Die Befragten sind Mitglieder der IG BCE-Ortsgruppe, der örtlichen SPD und verschiedener Vereine. Detlef Freyer (Foto), IG BCE-Vorsitzender in Lünen-Süd, schätzt die Zahl derer, die beruflich mit dem Bergbau zu tun hatten, auf etwa "50 Prozent" aller Befragten.

"Hintergrund der Befragung ist, dass wir immer mehr Kritik zum Thema Energie-Politik zu hören bekamen", sagt Freyer - Gaspreiserhöhungen, teurer Strom und eine Abkehr von der deutschen Kohle hätten den Unmut der Bürger wachsen lassen. "Der Rücklauf war groß", sagt Freyer, "68,8 Prozent der Fragebögen sind ausgefüllt zurückgekommen. Solch einen Rücklauf hätten wir im

Traum nicht erwartet." Ein besonderer Dank gelte den Mitgliederbetreuern, die die Bögen seit vergangenem Oktober verteilt und wieder eingesammelt hätten.

Im kommenden Oktober sollen die Ergebnisse der Umfrage beim Gewerkschaftskongress präsentiert werden. "Wir wollen mehr Druck ausüben", sagt Detlef Freyer. "Und jetzt haben wir den Beleg dafür in der Hand, dass die Bürger zu der heimischen Kohle stehen."

(Neubold)

Rheinische Post Duisburg

Dienstag 13.01.2009

Bürgerbewegung gegen das Kohlekraftwerk

VON JOHANNA MUSCHALIK

RHEINHAUSEN „Wir brauchen nicht noch mehr Dreckschleudern, die die Luft hier verpesten“, erklärt Claudia Leißle, eine der Initiatoren der Bürgerinitiative (BI) „Saubere Luft“. Seit fast zwei Jahren kämpfen die Bürger nun schon gegen den Neubau eines Kohlekraftwerks in Krefeld-Uerdingen durch die Firma Trianel. Ihre Befürchtung ist, dass die Luft in Rheinhausen dadurch stark verunreinigt werden könnte, weil der Wind meist aus Richtung Uerdingen kommt. Nachdem die Bürgerinitiative schon mit verschiedenen Maßnahmen, etwa Gesprächsangebote auf dem Marktplatz, versucht hat, Gleichgesinnte zu finden, will sie nun einen Schritt weiter gehen und eine Bürgerbewegung gegen den Bau des Kraftwerks ins Leben zu rufen.

„Die Parteien haben sich geschlossen gegen den Bau des Kraftwerkes ausgesprochen“, erklärt der BI-Vorsitzende Norbert Bömer. „Bis zum nächsten Treffen werden wir versuchen, sowohl die Parteien als auch die örtlichen Vereine und Gemeinden davon zu überzeugen, mit uns gemeinsam eine Bürgerbewegung zu starten“.

Nach Verhandlungen hatte Trianel sein Angebot zwar nachgebessert. So will man etwa die Kohlelagerung einhausen, die alten Kessel abschalten und eine Effizienzsteigerung durch die Einspeisung von Energie in die Fernwärmeversorgung erreichen. Das alles reicht den Mitgliedern der Bürgerinitiative aber bei Weitem nicht aus, ganz im Gegenteil: „Trianel ist mit einem Mindestpaket an den Start gegangen, um ohnehin geplante Nachbesserungen als Kompromisse darstellen zu können“, betont Claudia Leißle. „Die angeblichen Verbesserungen wurden uns in Gesprächen schon früher zugesagt, wären also auch ohne die Forderungen vom Rat gekommen.“

Auf Klage vorbereitet

Die Bürgerinitiative geht davon aus, dass es im Februar im Rat der Stadt Krefeld eine Entscheidung zugunsten von Trianel geben wird. Demnach sollten die Unterlagen Anfang März offengelegt werden, womit sich die Möglichkeit für Einwendungen bietet. Diese Chance möchte die Bürgerinitiative nutzen und möglichst viele Einwendungen schreiben.

Die Hoffnung, dass die Argumente den Rat überzeugen werden, ist laut Bömer jedoch relativ gering: „Wir rechnen eher damit, dass wir klagen müssen, wenn wir den Bau noch verhindern möchten.“ Um dabei erfolgreich zu sein, haben sich die Bürger Hilfe beim „Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland“ geholt. Der hat das nötige Know-how, denn er hat schon mehrere Klagen gegen Kraftwerke geführt.

NRZ Dinslaken-Voerde-Hünxe

Mittwoch 14.01.2009

Eine ganze Stadt wird kräftig durchgespült

HEINZ INGENSIEP

VERSORGUNG. Bevor die Nanofiltrationsanlage in Löhnen in Betrieb geht, muss erst das gesamte Dinslakener Wasserrohrnetz gereinigt werden.

DINSLAKEN / VOERDE. Reines Wasser statt Rheinwasser: Dafür soll die neue Nanofiltrationsanlage im Wasserwerk Löhnen, die die negativen Auswirkungen des Bergbaus in der Mommbachniederung ausgleicht, ab Mai/Juni sorgen. Doch vor der Inbetriebnahme müsse erst einmal das komplette Dinslakener Wasserleitungsnetz kräftig durchgespült werden, um die Rohre zu schützen und die "neue Wasserqualität sicherzustellen", so Stadt- und Wasserwerke-Chef Dr. Thomas Götz.

14 Wochen lang, vom 20. Januar bis zum 10. April, gehen die Stadtwerker Bezirk um Bezirk und Straße um Straße vor. Los geht es im Stadtteil Eppinghoven.

"Bei der Maßnahme sind wir auf die Unterstützung der Wasserkunden angewiesen", sagt Michael Hörsken, zuständig für die technische Abwicklung. Über Einzelheiten werden die Anwohner der einzelnen Straßen am Tag vor der Spülung mit einem Aushang an der Haustür informiert. Denn es kann stundenweise zu Einschränkungen der Versorgung, zu Druckschwankungen und einer Braunfärbung des Wassers kommen, die allerdings "hygienisch unbedenklich" sei, erklärt Hörsken.

Infos im Internet und über eine Hotline

Trinkwasserentnahmen und WC-Spülungen sollen während der Zeit der Arbeiten vermieden, Wasch- und Spülmaschinen nicht angestellt werden. Die Kunden sollen sich vor 8 Uhr morgens möglichst einen Wasservorrat anlegen.

Erste Informationen zur "Spülaktion" gibt es unter www.stadtwerke-dinslaken.de. Ab dem 14. Januar wird zudem eine Hotline unter Tel: 605390 eingerichtet.

NRZ Dinslaken-Voerde-Hünxe

Mittwoch 14.01.2009

Wittke will Erhalt der Fördergerüste nicht fördern

DENKMAL. Absage der Landesregierung in Richtung Lohberg. Stadt Dinslaken muss sich erklären.

DINSLAKEN. Klare Absage vom Land in Richtung Lohberg: „Ich sehe mich außerstande, für die Erhaltung der Fördergerüste Mittel bereit zu stellen“, bekräftigte Städtebauminister Oliver Wittke gestern bei seinem Besuch in Voerde. Er habe allerdings noch keinen Brief an die Stadtverwaltung geschrieben, in dem er der Stadtverwaltung eine Frist gesetzt habe. Nichtsdestotrotz müsse die Stadt Dinslaken erklären, ob sie das Ensemble übernehmen will: „Wer das Denkmal erhalten will, muss dafür auch bezahlen.“ Wenn sich keine Lösung finden lasse, werde er die Zustimmung geben, dass der Denkmalschutz aufgehoben wird und die Gerüste abgerissen werden.

Für die „emotionale Bindung“ vieler Menschen im Stadtteil zu den Industriedenkmalern habe er Verständnis, so Wittke: „Aber nicht alles, was wünschenswert ist, ist auch möglich, und wir können nicht an jeder Stelle Denkmäler aus dem Bergbau erhalten.“ Im übrigen habe die Landesregierung in den vergangenen Jahren „eine beträchtliche Summe“ an Fördermitteln nach Lohberg fließen lassen.

Dass sich unlängst ein Verein zur Erhaltung der Fördergerüste gegründet hat, weiß Wittke: „Ein Brief des Vereins hat meinen Schreibtisch aber noch nicht erreicht.“ An seiner Einstellung wird er auch nichts ändern: „Wir dürfen in der Diskussion auch nicht vergessen, dass es im Ausland Leute gibt, die bereit sind, einen hohen Betrag für die Gerüste an die RAG zu zahlen.“ (-dom-)

Rote Fahne News

Mittwoch 14.01.2009

Umweltschützer protestieren gegen geplantes Steinkohlekraftwerk in Krefeld

14.01.09 - Der Chemiekonzern Bayer will im Chemiapark Krefeld alte Kraftwerkskessel abschalten und stattdessen das von der Firma Trianel geplante Steinkohlekraftwerk in Uerdingen nutzen. Die Mehrheit der Bevölkerung ist dagegen und sogar die CDU hat sich dem Plan ablehnend verhalten. Der Plan schien schon vom Tisch und wird aus "wirtschaftlichen Gründen" jüngst wieder aufgewärmt.

In einer jüngsten gemeinsamen Erklärung wenden sich BUND, die "Bürgerinitiative Saubere Luft" und die "Coordination gegen Bayer-Gefahren" gegen den Betrug, das neue Kraftwerk als angeblich umweltverträglich darzustellen und warnen vor den Folgen.

Mit dem Kraftwerk werden eine Vielzahl von Schadstoffen in die Luft gepustet und die Menschen in der Umgebung geschädigt - Schwefel- und Stickoxide, aber auch Cadmium, Thallium, Quecksilber, Nickel, Blei und Arsen - auch wenn diese unter den offiziellen Grenzwerten liegen sollten. Weiter listen sie auf: Das Kühlwasser soll aus dem Rhein angesaugt und direkt wieder eingeleitet werden. Dadurch erwärmt sich der Rhein.

Bei Niedrigwasser muss das Kraftwerk heruntergefahren oder sogar abgeschaltet werden. Kleinlebewesen im Strom würden im Tonnenbereich pro Tag getötet. Steinkohle ist nach Braunkohle der schmutzigste Brennstoff für die Umwelt. Zudem würde das Kraftwerk etwa 4,3 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr ausstoßen - und damit die Produktion des klimazerstörenden Treibhausgases allein aus dem Stadtgebiet Krefeld verdoppeln.

Berliner Umschau

Mittwoch 14.01.2009

Berlin-Brandenburg: Senat freundet sich mit neuem Kohlekraftwerk an

Sarrazin: Wirtschaftliche Gesichtspunkte bei Wahl des Energieanbieters entscheidend

Von Christina Schrezenmeir

Im Jahr 2010 ist es wieder soweit: Ein Anbieter für die Stromversorgung der öffentlichen Einrichtungen in Berlin muss gefunden werden. Das Ziel des Senats besteht hierbei trotz ambitionierter Klimaschutzpläne vor allem darin, den Strom möglichst günstig zu erwerben. Auch dem von Vattenfall geplanten Kraftwerksneubau in Lichtenberg steht man nur noch "kritisch" gegenüber.



Momentan liefert der Energieriese Vattenfall Europe den gesamten Strom für Kitas, Krankenhäuser und alle anderen öffentlichen Einrichtungen. Die Ausschreibung für die Stromversorgung der öffentlichen Einrichtungen zwischen den Jahren 2010 und 2012 soll noch in diesem Monat formuliert werden. Bereits im Juli des vergangenen Jahres beschloss der Berliner Senat ein klimapolitisches Programm als Richtlinie für die zukünftige Energieversorgung der Stadt. Laut dem Programm setzt die Berliner Regierung vor allem auf die Technik der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), ein Verfahren, bei dem Strom und Wärme gleichzeitig erzeugt werden. So wird Energie, die sonst schlicht verpuffen würde, eingespart und weiter genutzt. Im Bundesdurchschnitt beträgt der Anteil an KWK-Energien momentan 13 Prozent. Geplant ist, diesen bis zum Jahr 2020 auf 25 Prozent zu erhöhen.

Verglichen mit diesem Ziel liegt Berlin in punkto umweltschonende Energien bereits jetzt weit vor den anderen deutschen Ländern, denn der Anteil von KWK-Energien am Strommarkt beträgt hier bereits 42 Prozent. Durch einen weiteren Ausbau dieser Technik soll die CO₂-Emission in Berlin bis zum Jahr 2020 im Vergleich zum Jahr 1990 um rund 40 Prozent gesenkt werden. Damit auch der Bürger mehr über die energieschonende Technik lernt, hat der Senat vor kurzem eine Kampagne unter der Schirmherrschaft des Bundesumweltministers Siegmund Gabriel (SPD) gestartet. Die Kampagne mit dem Titel "KWK-Modellstadt Berlin" hat vor allem den Zweck, der Öffentlichkeit die breiten Einsatzmöglichkeiten der Kraft-Wärme-Kopplung vorzustellen. Unter anderem mit Plakaten sollen so mehr Menschen überzeugt werden, ebenfalls auf diese umweltschonendere Variante der Stromerzeugung umzusteigen.

Der Senat selbst scheint es mit dem Klimaschutz jedoch nur halbherzig zu meinen: Während Umweltschutzorganisationen sowie die Grünen eine vollständige Umstellung der öffentlichen Einrichtungen auf Ökostrom fordern, begnügt sich der Senat mit weitaus weniger. Laut Aussage des Finanzsenators Thilo Sarrazin soll der künftigen Stromanbieter nur zu einem Drittel nach ökologischen Kriterien ausgewählt werden. Mit zwei Dritteln sind also auch weiterhin wirtschaftliche Gesichtspunkte für die Ernennung ausschlaggebend. Der Finanzsenator betonte zudem, wie wichtig es sei, nicht bereits vor der Ausschreibung zu viele wettbewerbsfeindliche Bedingungen zu stellen.

In der geplanten Ausschreibung soll festgelegt werden, dass mindestens 20 Prozent des empfangenen Stroms Ökostrom sein muss. Weitere 50 Prozent sollen durch KWK-Technologien bereit gestellt werden. Der bisherige Anbieter Vattenfall Europe erfüllt genau diese Kriterien. Katrin Lomscher, der Senatorin für Gesundheit, Umweltschutz und Verbraucherschutz, setzte im Jahr 2007 einen so genannten Klimaschutzrat ein. Der Klimaschutzrat besteht aus 16 Mitgliedern und hat die Aufgabe, den Berliner Senat auf dem Gebiet des Klimaschutzes beraten. So wurde auch das klimapolitische Programm der Stadt, welches die Bedingungen für die Zusammenarbeit mit einem Stromanbieter festlegt, mit Hilfe dieses Rates festgelegt. Da mutet es doch etwas seltsam an, dass unter anderem ein Vertreter des Energielieferanten Vattenfall zugleich Mitglied des Rates ist.

Auch in Hinblick auf den Streit über den geplanten Umbau des Vattenfall-Werks "Klingenberg" in Lichtenberg scheint der Senat seine Position zu revidieren. Bisher lehnte Katrin Lomscher die Umwandlung des Kraftwerks in ein Kohlekraftwerk kategorisch ab. "Steinkohle ist einfach kein Energieträger der Zukunft. Und wenn man sich einmal klar macht, dass so ein Kraftwerk 40 Jahre läuft, dann muss man deutlich sagen, ist so ein Kraftwerk einfach keine Option", begründete die Senatorin ihre Ablehnung noch Ende Dezember 2008 in einem Interview mit der "Welt". Mittlerweile heißt es im Senat jedoch, er stehe "dem von Vattenfall Europe geplanten Kraftwerksneubau in Berlin-Lichtenberg hinsichtlich der Größe der Anlage und des geplanten Einsatzes des Energieträgers Kohle nach wie vor kritisch gegenüber." Von klarer Ablehnung ist nun keine Rede mehr, obwohl ein neues Kohlekraftwerk die Pläne zur Eindämmung des CO₂ Ausstoßes wohl durchkreuzen würde.

NRZ Dinslaken-Voerde-Hünxe

Donnerstag 15.01.2009

Schacht wird verfüllt

BERGBAU. Ab nächster Woche rollen Laster mit rund 30 000 Tonnen Material durch die Stadt.

VOERDE. Ab Anfang Februar beginnen die Arbeiten zur Verfüllung des Schachtes Voerde der RAG Deutsche Steinkohle AG. Die mit den zuständigen Kommunen und Behörden abgestimmte Gesamtmaßnahme werde voraussichtlich zum Ende des ersten Quartals 2009 abgeschlossen, heißt es bei der RAG DSK.

Dabei wird der 1987 in Betrieb genommene Schacht des stillgelegten Bergwerks Walsum vollständig "dauerstandsicher" verfüllt. Für die 1056 Meter tiefe Schachtsäule mit ihrem Durchmesser von sechs Metern werden insgesamt rund 30 000 Kubikmeter Material benötigt.

Die Anlieferung per Lastwagen wird in der nächsten Woche beginnen und erfolgt ausschließlich an Werktagen, jeweils in der Zeit von 7 bis 18 Uhr sowie samstags von 7 bis 14 Uhr.

NRZ Dinslaken-Voerde-Hünxe

Donnerstag 15.01.2009

"Bollwerk gegen Schadstoffe"

HEINZ INGENSIEP

VERSORGUNG. Die moderne Nanofiltrationsanlage des Wasserwerks lockt internationale Experten nach Löhnen.



Auch für Experten aus anderen Ländern interessant: die Nanofiltration im Wasserwerk Löhnen. (Archivfoto: Lars Fröhlich)

VOERDE / DINSLAKEN. Zum Glück sind die Prognosen der Experten nicht eingetroffen: Ein historisches Hochwasser des Rheins, das die Trinkwasserquelle der Stadtwerke Dinslaken bei Löhnen alsbald gefährden würde, ist noch nicht eingetreten. Dennoch sei man jetzt gegen das Eindringen verunreinigten Rheinwassers ins Grundwasser gewappnet, sagt Stadtwerke-Chef Dr. Thomas Götz: Ende Mai/Anfang Juni gehe die 12,5 Millionen Euro teure Nanofiltrationsanlage im Löhner Wasserwerk in Betrieb. "Damit haben wir für 20 bis 25 Jahre ein Bollwerk gegen alle bislang feststellbaren Schadstoffe", so Götz.

"50-prozentige Aufbereitung reicht"

Auch die Befürchtung, dass sehr schnell Inhaltsstoffe des Rheinwassers in das Trinkwasserreservoir einsickern würden, hat sich laut Götz "zum Glück nicht bestätigt". So müsse die moderne Filteranlage nicht voll in Betrieb genommen werden; eine 50-prozentige Aufbereitung des Wassers in den Brunnen reiche derzeit noch aus. Man werde aber das Netz der Messstellen in der Mombachniederung weiter verfeinern. Falls nötig, werde man dann eine hundertprozentige Filtration vornehmen. In jedem Falle könne man für Dinslaken eine sehr gute Rohwasserqualität garantieren.

Inzwischen hat sich aus dem durch Senkungen nach dem Walsumer Kohleabbau notwendigen Übel ein echtes "Highlight" entwickelt, so der Stadtwerke-Geschäftsführer: "Die Anlage stößt auch international bei Experten auf großes Interesse. In Löhnen hat sich ein regelrechter Wissenschaftstourismus entwickelt."

Wie gestern berichtet, müssen vor der Inbetriebnahme der Filtration in ganz Dinslaken umfangreiche Netzspülungen vorgenommen werden. 14 Wochen lang arbeiten sich Trupps des Wasserwerks ab Dienstag Straße um Straße durchs Stadtgebiet, um mittels eines Saug-/Pumpwagens das Rohrnetz von schädlichen Reststoffen zu befreien.

Infos dazu unter www.stadtwerke-dinslaken.de

WAZ

Donnerstag 15.01.2009

WAZ-SERIE DAS BERGWERK AUGUSTE VICTORIA

Hohes Risiko

Géraldine Lakermann



Beim Kohleabbau wird Methan frei, das explodieren kann. Auguste Victoria ist allerdings eine grubengasarme Zeche. Dennoch, Gefahren lauern überall auf dem Pütt

„75 Bergleute verschüttet“ – das sind Schlagzeilen, die heute noch regelmäßig in der Zeitung stehen. In China, in Russland, der Ukraine geschehen schwere Grubenunfälle immer und immer wieder. Dafür, dass in Marl keine Kumpel zu Schaden kommen, arbeitet die Abteilung Belegschaftsschutz von Auguste Victoria. 120 Mitarbeiter zählt die Stelle. Viele davon erfüllen bürokratische Vorgaben. Der Zweck aber auch dabei vor allem dieser: Dass das Bergwerk so sicher wie möglich ist.

„Der Bergbau war sehr lange ein besonders unfallträchtiger Industriezweig“, erklärt Detlef Streppel, der stellvertretende Bereichsleiter der Abteilung. Heute kommen auf eine Million geleisteter Arbeitsstunden zehn Unfälle, und damit rangiert die Branche bei Vergleichen unter den Berufsgenossenschaften auf einem guten hinteren Platz: „Auf dem Bau und in der Forstwirtschaft ist es heute wesentlich gefährlicher.“

Dabei ist das hohe Risiko immer noch da: Beim Kohleabbau wird „Grubengas“, Methan frei, das explodieren kann. „Schlagwetter“ nennt man das auf Bergbaudeutsch, und damit es nicht dazu kommt, müssen die Wetter, die Luftströme unter Tage, so durch die Strecken geleitet werden, dass das Methan gar nicht erst die explosiblen Konzentrationen zwischen 4,4 und 16 Volumenprozent erreicht. „Die Werte werden dauernd überwacht“, so Streppel. Maximal ein Prozent wird in der Luft toleriert – ist der Schwellenwert erreicht, werden sämtliche elektrischen Betriebsteile abgeschaltet.

„Gott sei dank“, sagt Streppel, „ist AV eine CH₄-arme Zeche“. Doch der „Ex-Schutz“, die Sicherheitsvorkehrungen, um keinen Zündfunken unter Tage zuzulassen, sind deshalb nicht minder wichtig: Alle Maschinenteile, die eine Initialenergie abgeben können, sind unter Tage gekapselt. Wegen der Explosionsgefahr darf man dort auch nicht mit einer normalen Kamera fotografieren oder gar rauchen – letzteres hätte auf Auguste Victoria die Kündigung zur Folge.

Auch wenn nur eine kleine Menge Methan verpufft – die Flamme entzündet das Kohle-Luft-Gemisch in den Strecken und Schächten, so dass eine zerstörerische Kettenreaktion in Gang kommt. Dagegen hält die Bergbautechnik ein sehr simples, aber effektives Verfahren vor: In regelmäßigen Abständen sind in den Gängen Wasserträger, so genannte „Wassertropfsperren“ eingebaut. Die zerbersten, sobald die Druckwelle sie erreicht – in dem Wasserdampf soll die nachfolgende Flamme ersticken. In den Abbaustrecken hängen alle 20 bis 30 Meter solche Behälter, in den anderen alle 200 Meter.

So wichtig er ist: Der Ex-Schutz ist nur ein Teil der Sicherheitsmaßnahmen unter Tage. Früher kam es vor, dass Bergmänner auf den Bandstraßen führen und den richtigen Abstieg vom Band verpassten: „Wenn man etwa müde ist nach der Schicht, es ist warm und man schläft ein.“ Schlimmstenfalls landete der Arbeiter dann im Kohlebunker oder in anderen gefährlichen Gefilden und wurde verschüttet. Heute stoppt der so genannte Personenkennebaustein das Förderband, sobald der Abstieg vorüberzieht. Doch es gibt noch eine zweite wichtige Aufgabe des kleinen schwarzen Kastens, den alle Kumpel mit sich tragen: Im Notfall funktioniert er wie ein Lawinensender und der Verschüttete kann geortet werden.

Aber nicht nur im tief verborgenen Teil der Zeche kann es zu schlimmen Unfällen kommen, sondern auch über Tage, wegen des dichten Lkw-Verkehrs etwa. Deswegen sind Fuß- und Fahrwege überall eindeutig getrennt, deswegen sind Helm und orangefarbene Weste auch für jeden Besucher ein Muss. Die Mitarbeiter tragen Sicherheitsschuhe, und der Belegschaftsschutz prüft, ob die Bestimmungen eingehalten werden.

„Es ist grundsätzlich so“, sagt Streppel, „wenn man Regeln aufstellt, muss man auch kontrollieren, ob sie eingehalten werden.“ Dass es in China und anderen Ländern immer wieder Tote im Bergbau gibt, führt er darauf zurück, dass „der Arbeitsschutz dort anscheinend nicht so einen Stellenwert hat. Hier und heutzutage sind die hohen Investitionen in den Arbeitsschutz unstrittig.“

Rheinische Post Dinslaken-Voerde-Hünxe

Donnerstag 15.01.2009

Denkmalschutz bleibt bestehen

VON HEINZ SCHILD

Die Stadt Dinslaken denkt nicht daran, die Lohberger Fördertürme aus der Denkmalliste zu streichen. Hingegen ist NRW-Bauminister Oliver Wittke dazu durchaus bereit. Fest steht, Landesgeld für den Erhalt der Türme gibt es nicht.

Bei seinem Besuch in Voerde ließ Oliver Wittke, nordrhein-westfälischer Minister für Bauen und Verkehr, keinen Zweifel daran, dass das Land kein Geld für den Erhalt der beiden unter Denkmalschutz stehenden Fördertürme der stillgelegten Schachanlage Lohberg zur Verfügung stellen wird. Da die Stadt Dinslaken den Antrag der RAG abgelehnt hat, die beiden Bauwerke aus der Denkmalliste zu streichen, damit sie demontiert und in die Türkei verkauft werden können, kann der Minister verstehen, dass das Bergbauunternehmen von der Kommune erwartet, dass diese nun die beiden Fördertürme übernimmt. "Wer die Türme erhalten will, muss das auch bezahlen", lautet die Ansicht des Bauministers, der durchaus bereit ist, die Fördertürme aus der Denkmalliste zu streichen.

Eigentümer in der Pflicht

Das wird von der Stadt Dinslaken aber anders gesehen. Denn für die Unterhaltung eines in die Denkmalliste eingetragenen Industrie-Bauwerks ist der Eigentümer zuständig. Der Antrag, den Denkmalschutz aufzuheben, wurde von der Stadt als Untere Denkmalbehörde abgelehnt, weil die von der RAG eingereichten Unterlagen dafür nicht ausreichten, erklärte gestern Horst Dickhäuser, Pressesprecher der Stadt Dinslaken. Die Kommune ist sich mit dem Landesdenkmalamt einig, dass die vorgebrachten Argumente der RAG es keinesfalls rechtfertigen würden, die Unterschutzstellung aufzuheben. Deshalb wurde der Antrag zurückgewiesen. Und an diesem Sachverhalt, so Dickhäuser weiter, habe sich bislang nichts geändert. Sollte die RAG als Eigentümerin finanziell nicht dazu in der Lage sein, die beiden Denkmäler zu erhalten, habe das Unternehmen dies genau zu begründen und gegebenenfalls auch nachzuweisen, sagte Dickhäuser.

Stadt setzt weiter auf Gespräche

Die Klage der RAG beim Verwaltungsgericht Düsseldorf gegen die Entscheidung der Kommune ruht gegenwärtig, doch ist damit zu rechnen, dass sie wieder aufleben und das Gericht entscheiden wird. Die Dinslakener Verwaltung setzt nach Aussage ihres Pressesprechers weiterhin darauf, eine Einigung auf dem Gesprächsweg zu erzielen. Zudem beabsichtigt sie, die Problematik in die politischen Gremien einzubringen, um von dort ein klares Signal zu erhalten, ob die Kommune die Fördertürme übernehmen soll.

Von der RAG Montan Immobilien GmbH war gestern keine Stellungnahme zur aktuellen Förderturm-Problematik zu erhalten.

Neue Fernwärme-Quellen

HEINZ INGENSIEP

ENERGIE. Stadtwerke-Chef sieht im eigenen Frischholz-Kraftwerk keinen Feinstaub-Verursacher. Zugleich unterstreicht Thomas Götz die Notwendigkeit von Steinkohle bei der Kraft-Wärme-Kopplung.



Im Inneren des Frischholz-Kraftwerkes Gerhard-Malina-Straße. (Archivfoto: Kunkel)

DINSLAKEN. Bis gestern wurde bereits zwölf Mal in der Innenstadt der EU-Grenzwert beim Feinstaub überschritten - und das häufig mehr als deutlich. Mit der Messstation an der Corneliusstraße in Düsseldorf liegt die Wilhelm-Lantermann-Straße damit in NRW seit Tagen an der Spitze.

Der Geschäftsführer der Stadtwerke, Dr. Thomas Götz, kontert derweil Kritikern, die behaupten, das Frischholzkraftwerk an der Gerhard-Malina-Straße trage mit zu der Belastung bei. Götz: "Die so genannte Rauchfahne besteht fast ausschließlich aus Wasserdampf." Die Abgasreinigung des Kraftwerks arbeite hocheffizient und die erlaubte maximale Feinstaubmenge werde um das Zehnfache unterschritten. Weitere Argumente sieht Götz in der Tatsache, dass die Anlage an mindestens zehn der Dinslakener Überschreitungstage im vorigen Jahr abgeschaltet gewesen sei. Außerdem: Der vorherrschende West-/Südwest-Wind treibe die Kraftwerksfahne gar nicht in die Innenstadt.

"Kohle aus dem Energiemix nicht wegzudenken".



„Die Steinkohle ist aus dem Energiemix nicht wegzudenken“: Kraftwerks-Neubau in Walsum. (Foto: Geinowski)

*Obwohl das Dinslakener Versorgungsunternehmen sehr um klimafreundliche Energieerzeugung bemüht ist, gehört ihr Chef zu den Befürwortern großer Steinkohlekraftwerke: "Die Kohle ist aus dem Energiemix nicht wegzudenken", sagt Götz. Bei Gaskraftwerken mache man sich zu sehr lieferungsabhängig.

So sei gerade das vielfach kritisierte Evonik-Kraftwerk in Walsum mit seiner Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) "die eigentliche Stütze des Systems der Fernwärme Niederrhein." Und der im Bau befindliche Block 10 werde sich durch eine deutlich höhere energetische Wirkung auszeichnen.

Götz' Plädoyer fürs "schwarze Gold" wird durch die Beteiligung am Steinkohlekraftwerk Lünen unterstrichen, das seit Sommer 2008 in Bau ist.

Bei der Fernwärme bestehe das Problem, dass sie immer noch in hohem Maße von großen Industrieunternehmen wie Thyssen-Krupp Steel in Duisburg abhängig sei. "Wenn Thyssen bei seiner Produktion kürzer fährt - wie angesichts der momentanen Konjunkturlage - müssen andere Quellen hochgefahren werden", erläutert Götz, der auch Chef der Fernwärme Versorgung Niederrhein GmbH (FN) ist.

Vor dem Hintergrund habe man Grund genug zu überlegen, welche neuen Quellen man für diese Wärmeversorgung erschließen könne. Ein weiterer Schritt sei die bevorstehende Fertigstellung eines Biomasse-Heizkraftwerkes im linksniederrheinischen Moers.

Biomasse-Kraftwerk in Moers vor Inbetriebnahme

Die Anlage, baugleich mit dem Dinslakener Frischholz-Kraftwerk, soll am morgigen Samstag ersten Strom liefern. Am kommenden Mittwoch will die "Biokraftgesellschaft Moers/Dinslaken" mbH, eine Tochtergesellschaft der Stadtwerke Dinslaken, den Probebetrieb in Moers aufnehmen. Zugleich wird die erste Fernwärme in die Fernwärmeschiene Niederrhein eingespeist.

An der Einweihung, deren Termin noch nicht feststeht, wird - wie schon im vorigen Jahr bei der Anlage an der Gerhard-Malina-Straße - NRW-Energieministerin Christa Thoben teilnehmen.

WAZ

Freitag 16.01.2009

Bergwerk geht, Folgen bleiben

Initiative Bisbu blickt zurück und plant Themen für die Zukunft. Noch immer starke Erdbewegungen

Altendorf. "Das Bergwerk schließt, die Folgen bleiben", lautet der Titel einer Info-Veranstaltung, zu der die Initiative Bisbu gegen Bergbau einlädt am Samstag, 17 Uhr, in der Mehrzweckhalle Altendorf-Ulfkotte (Im Päsken 14).

Am 12. Dezember hat das Bergwerk Lippe die letzten Kohlen unter dem Dorf gefördert. Bis sich die verbleibenden Hohlräume gesetzt haben, dauert es allerdings Jahre. "Wir haben immer noch starke Erdbewegungen", sagt Bisbu-Sprecher Klaus Wagner.

Das ist nur eines von vielen Folgeproblemen, derer sich die Initiative weiterhin annehmen will. Die Bisbusprecher Klaus Wagner, Hans-Jürgen Fischer und Johannes Kloer wollen am Samstag nicht nur Rückblicken auf Entstehung, Aktivitäten und Ergebnisse der bisherigen Arbeit, sondern auch auf künftige Themen: Beobachtung der Grundwasserabstände und Unstetigkeitszonen, Verlegung des Erdbachs, Entwicklung der Halde, Deichsicherheit, Sport- und Tennisplatz, Umsetzung von Umweltauflagen durch den Bergbau, Beteiligung an Schlichtungsstelle zwischen Kohle und Bergschadenopfern, Stellungnahme zum Abschlussbetriebsplan des Bergwerks Lippe und Mitwirkung im Landesverband der Bergbaubetroffenen, listet Wagner als Stichworte auf.

Grundsätzlich sorgt sich die Bisbu, dass der Bergbau nach dem Ende der Förderung bei der Regulierung von Schäden "zurückhaltender" sein könnte.

Das Programm Samstag beginnt mit einer Luftballonaktion, wird begleitet von einer Ausstellung mit Karikaturen zu "Bergbau-, Umwelt- und Ewigkeitsschäden" sowie einem "kulinarischen Abschluss in geselliger Runde". LuB.

NRZ Dinslaken-Voerde-Hünxe

Samstag 17.01.2009

Die wollen nur spielen

SIMON RAHM

AUSBILDUNG. Die RAG hat eine Übungsfirma eröffnet. Hier lernen Azubis und Berufsrückkehrer die Geschäftswelt unter realen Bedingungen kennen.



Am 1. Februar geht's los: Davina Terhorst (vorne) und ihre Kollegen starten in die Arbeitswelt. (Foto: Behrendt)

DINSLAKEN. Die Produktpalette der Mag Tho GmbH aus Dinslaken deckt ein breites Spektrum ab: Lederartikel wie Taschen und Portemonnaies oder Gartenmöbel lassen sich ebenso im Sortiment finden wie Schmuck oder Haushaltsdekoration. Am 1. Februar geht die junge Firma an den Start.

Verantwortung und Kompetenz

Der Clou dabei: Die Mag Tho GmbH gibt es nicht wirklich. Es ist die neue Übungsfirma für Auszubildende und Berufsrückkehrer, die von der RAG Bildung angeboten wird. Die Idee dahinter ist, die Geschäftswelt möglichst realitätsnah zu simulieren. Dr. Nadia Kraam, Standortkoordinatorin der RAG: "Die Auszubildenden erhalten die gleiche Verantwortung und die gleichen Kompetenzen, die ein echter

Abteilungsleiter oder Angestellter hat. Nur ohne die Konsequenzen für die Firma bei Fehlern." So bekämen die Teilnehmer spielerisch Berufspraxis, über die Azubis aus anderen Unternehmen noch nicht verfügten, und seien Mitbewerbern so ein Stück voraus.

"Auch für Berufsrückkehrer ist die Übungsfirma interessant", erklärt Kraam. "Jemand, der lange Zeit nicht gearbeitet hat, möchte vielleicht auch erst einmal üben oder seine Computerkenntnisse auffrischen oder erweitern." Dafür sei die Übungsfirma genau richtig. Aus diesem Grund vermittelt auch das Arbeitsamt Bewerber an die fiktive GmbH.

Zurzeit gibt es bundesweit über 500 Übungsfirmen, die vom Deutschen Übungsfirmenring in Essen miteinander verknüpft werden, miteinander Handel treiben, aber auch in Konkurrenz zueinander stehen. In Essen werden die Geschäftsaktivitäten der verschiedenen Firmen auch überwacht, es gibt unter anderem ein Übungsamtsgericht und ein Übungsfinanzamt.

NRZ Dinslaken-Voerde-Hünxe

Samstag 17.01.2009

DENKMAL

Fördertürme: Stadt bleibt bei ihrer Haltung

Heinz INGENSIEP



Im Rathaus sieht man weiterhin keinen Grund, dem Wunsch der RAG zu entsprechen, die Gerüste von der Denkmalliste zu streichen.

DINSLAKEN. Ob, wie von NRW-Bauminister Oliver Wittke gefordert, die Stadt die beiden Schachtgerüste in Lohberg und damit die Kosten für deren Erhalt übernimmt, soll die Kommunalpolitik entscheiden. Der Minister hatte erst kürzlich bei einem Besuch in der Nachbarstadt Voerde erklärt, wer die Fördertürme erhalten wolle, müsse das auch bezahlen. Im Rathaus sieht man indessen keinen Grund, dem Wunsch der RAG zu entsprechen.

Das Unternehmen will die Türme von der Denkmalliste streichen lassen, um schließlich eine Demontage zu ermöglichen. Zwar setzt die Verwaltungsspitze, um eine einvernehmliche Lösung zu erreichen, auf Gespräche mit allen Beteiligten, scheut jedoch nicht die juristische Auseinandersetzung mit der RAG. Deren Antrag auf Befreiung vom Denkmalschutz hatte die Stadt als nicht prüffähig zurückgewiesen. Die daraufhin angestrebte Klage des Konzerns beim Verwaltungsgericht Düsseldorf ruht derzeit. Voraussichtlich noch in diesem Monat soll der Stadtrat sich mit dem Thema befassen.

NRZ

Samstag 17.01.2009

Grüne Industrie

Jobmaschine Umweltschutz

Jan Jessen

Essen. Umweltschutz und Wirtschaft können prächtig miteinander harmonieren. Das zeigt der Umweltwirtschaftsbericht. Demnach arbeiten bereits fast zwei Millionen Deutsche in grünen Jobs. Die Umweltbranche könnte demnächst klassische Industriebranchen überflügeln.



Bei Windkraftanlagen ist Deutschland Weltmarktführer. Foto: ddp

Die Umweltwirtschaft wird zu einem immer wichtigeren Wirtschaftszweig in Deutschland. 1,8 Millionen Menschen arbeiten in „grünen“ Jobs, das Volumen von in Deutschland produzierten Umwelt- und Klimaschutzgütern hatte 2007 bereits ein Volumen von fast 70 Milliarden Euro. Das geht aus dem Umweltwirtschaftsbericht hervor, den Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt demnächst veröffentlichen.

Umwelttechnologie sei ein „Jobmotor“, heißt es in dem Bericht. Zwischen 2004 und 2006 sei die Zahl der Beschäftigten in dem Wirtschaftszweig um 200 000 gewachsen, bis 2020 sei mit 500 000 zusätzlichen Arbeitsplätzen zu rechnen. Jedes zwanzigste Industrieprodukt habe mit dem Umweltschutz zu tun, die Produktivität in diesem Bereich stieg zwischen 2005 und 2007 um nahezu ein Drittel. Angesichts dieser Zuwachsraten werde die Umweltindustrie mittelfristig klassische Industriebranchen den Fahrzeugbau überflügeln.

Deutschland Weltmarktführer bei Umweltgütern

Bei Umweltgütern wie Windkraftanlagen, Entsorgungsfahrzeugen oder Filteranlagen führt Deutschland mit einem Anteil von 16 Prozent den Welthandel an und konnte seinen Vorsprung sogar ausbauen. Die Umweltwirtschaft leiste „einen hohen und immer wichtiger werdenden Beitrag zur insgesamt starken Welthandelsposition Deutschlands“, so die Autoren. Weltweit betrug der Umsatz der Umweltindustrien im Jahr 2005 bereits eine Billion Euro. Bis 2020 soll er sich mehr als verdoppeln.

Profitiert hat von dem Boom der grünen Wirtschaft dem Bericht zufolge insbesondere der Maschinenbau. In der Branche wurden 2007 Umweltschutzgüter im Wert von 31,9 Milliarden Euro produziert, das waren fast 50 Prozent mehr als noch fünf Jahre zuvor.

NRZ

Samstag 17.01.2009

NRW-SPD rechnet mit dem RWE-Konzern ab

THEO SCHUMACHER

ENERGIE. Fraktionsvize Römer stimmt Partei auf harte Konflikte ein. "Bloße Rendite-Interessen".



Erinnert RWE an Garzweiler-Zusagen: SPD-Energieexperte Norbert Römer. (Foto: Archiv)

DÜSSELDORF. "RWE=SPD" lautete jahrelang nach Ansicht erboster Kritiker eine politische Gleichung in NRW. Tatsächlich wirkten der Energiekonzern und die allein herrschenden Sozialdemokraten an Rhein und Ruhr oft wie eine verschworene Gemeinschaft. Die gemeinsame Basis bröckelte, seit die SPD im Land und in vielen Städten nicht mehr das Sagen hat. Jetzt stimmt Norbert Römer, Energieexperte und Fraktionsvize im Landtag, die SPD-Spitze auf harte Konflikte mit der RWE AG und Teilen der Energiewirtschaft ein.

SPD: Rüttgers biedert sich bei Energiekonzernen an

Hintergrund ist laut Römer die neue Klimaschutz- und Energiepolitik der NRW-SPD. In einem internen Sieben-Seiten-Papier, das der NRZ vorliegt, nimmt Römer für die SPD in Anspruch, sie habe sich im Streit um den Emissionshandel erfolgreich gegen "die bloßen Rendite-Interessen" der Konzernspitze durchgesetzt. Dagegen habe sich die schwarz-gelbe Landesregierung "auf die Seite des RWE-Vorstands geschlagen" und sich dessen Forderung nach kostenlosen CO₂-Zertifikaten zu eigen gemacht.

Der Energiefachmann von SPD-Landeschefin Hannelore Kraft zieht "klare Kante" mit Blick auf künftige Wahlkämpfe: Während die SPD zum Klimaschutz, zum Ausbau erneuerbarer Energien und zur heimischen Kohle stehe, biedere sich die Regierung Rüttgers mit ihrer Pro-Atomkraftpolitik den Energiekonzernen an. Römer verurteilt "schamlose Versuche" beim RWE, die SPD zur Zustimmung für längere Laufzeiten der Atommeiler zu bewegen. Das sei "die Achillesferse" des Unternehmens, dem es dafür sogar an Unterstützung im eigenen Haus mangle.

Die Glaubwürdigkeit der RWE misst Römer an der "zeitnahen" Erneuerung der Braunkohleblöcke. Während die SPD in den 90-er Jahren gegen viele Widerstände den Tagebau Garzweiler II durchgesetzt habe, ziehe der RWE-Vorstand heute "die Zuverlässigkeit der NRW-SPD in Zweifel und will von den damals verabredeten Stilllegungen alter Kraftwerke nichts mehr wissen", heißt es.

Römer ahnt die Risiken. Die SPD, so der Ex-Gewerkschaftssekretär der IG BCE, müsse für ihren Kurs Vertrauensarbeit bei Betriebsräten leisten. Man werde Bergleuten, Kraftwerkern und ihren Familien zeigen, dass die Konzernpolitik des RWE ihrem Interesse an krisenfesten Arbeitsplätzen "massiv schadet". (NRZ)